# Tragödie Israels und neuer Aufstieg

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141416

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

Schergen ihm Handschellen an, stiessen ihn in einen der Panzerwagen, und er ward nicht mehr gesehen.

Von seinem Vater erfuhren wir, man habe ihn in das Mordlager Vught gebracht. Dort durfte ihn niemand besuchen. Schreiben war ihm verboten. Wir wissen nicht, wie lange er noch am Leben blieb. Als die kanadischen Befreier das Mordlager besetzten, fanden sie im Verzeichnis der Lagerinsassen bei seinem Namen den Vermerk: ‚Gestorben 25. Dezember 1944. Todesursache: Lungenentzündung.'»

So endete Adrianas Bericht.

Die Erzählung gehört in Pierre van Paassens grossartiger Fassung in jedes Schullesebuch. In unser aller Gewissen geschrieben gehört aber die Warnung, die der Verfasser gegen den Schluss seines Buches an den Menschen unserer Zeit richtet. Wenn dieser Mensch die Mahnzeichen weiter missachte, die zu ihm aus dem Weltgeschehen reden, so ruft er ihm zu, «wenn er darauf beharrt, um jeden Preis Gewalttat und Chaos des imperialistischen Kapitalismus aufrechtzuerhalten — dann wird sich an unserer Generation die Warnung erfüllen, die vor zweitausend Jahren in Judäa erklang, als Jesus sprach: das Menschengeschlecht werde nicht eher den göttlichen Friedensplan annehmen, als bis die Gewalt ihre höchste Stufe erreicht habe. ‚Erst wenn Schrecken und Furcht', so sagte ER, ‚ihren höchsten Gipfel erreicht haben und das Volk in unermesslichen Ängsten, am Ende seines Witzes angelangt, aufschreit: Berge, fallt über uns, und Hügel, bedeckt uns!' — erst dann erscheint das Zeichen des Menschensohnes.» *H. K.*

## Tragödie Israels und neuer Aufstieg

Wer von uns älteren Jahrgängen die Tragödie Israels, wenn auch nur von ferne, miterlebt hat, muss sehnlichst hoffen, dass Ähnliches dem jüdischen Volke nie mehr widerfahre. Wir waren seither Zeugen des begeisternden Wiederaufbaus in Palästina, wie auch der Ereignisse vom Juni 1967, und suchen nach Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklnug, die allein die Zukunft Israels sichern kann.

*Max Arnold,* ein bewährter Kämpfer für Frieden und Freiheit, mit dem sich Pierre van Paassen gut verstanden hätte, schreibt dazu («Öffentlicher Dienst» 19. Januar 1968):

«Die Grundlage für eine langfristige Sicherung des Friedens muss noch gefunden werden, sonst wird Israel in 10 oder 20 Jahren erneut tödlich bedroht sein.

Wenn die Völker Palästinas die Zeit der Waffenruhe benützen, um das Flüchtlingsproblem gerecht zu lösen und um ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen fruchtbar zu gestalten, dann schaffen sie auch die Grundlage für einen zuverlässigen Friedenspakt.

Sollten diese Bemühungen scheitern oder sollte Israel die im letzten Krieg besetzten Gebiete nicht als Pfänder für einen gerechten Frieden, son-

dern als dauernden Besitz oder als militärisch zu verwaltende Protektorate betrachten, so wird die Zukunft der Völker Palästinas durch neue Kriegsgefahren verdüstert.

Die kleinen Völker Palästinas leben in einem Spannungsfeld der Grossmachtpolitik. Das kann eine friedliche Lösung ihrer Konflikte erschweren. Es könnte aber auch eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine völkerrechtlich verankerte Garantie ihrer Sicherheit und ihres Friedens bilden.

Die progressiven Kräfte Israels und seiner arabischen Nachbarn werden durch gemeinsame Arbeit Wege suchen und neues Vertrauen schaffen müssen, um den Frieden und die Koexistenz ihrer Völker zu sichern. Dieser Kampf um den Frieden ist ein Wagnis. Ein neuer Krieg aber wäre die Katastrophe. In diesem Kampf um den Frieden wird nicht Dayan, sondern *Nathan* der Weise sein.» *Red.*

## Offener Brief

*an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach jahrelangen Diskussionen und mehreren gescheiterten Versuchen, die Notstandsgesetzgebung im Parlament zur Verabschiedung zu bringen, hat Ihnen jetzt die Regierung der Grossen Koalition die neue Vorlage eines «Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsverfassung)» zur Beschlussfassung zugeleitet. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, es handle sich dabei um eine «liberalisierte» Neufassung. Nach eingehendem Studium des vorliegenden Textes müssen wir dieser Irreführung entschieden widersprechen. Wir identifizieren uns in der Beurteilung mit der entsprechenden Stellungnahme des Kuratoriums «Notstand der Demokratie».

Als demokratische Bürger der Bundesrepublik Deutschland und verantwortliche Glieder der Evangelischen Kirche appellieren wir an Sie, diesem Gesetzeswerk Ihre Zustimmung zu versagen; denn:

1. Eine Demokratie kann die Öffnung eines legalen Weges zu einem Staatsstreich von oben nicht ertragen. Die fehlende klare Definition des «Zustandes äusserer Gefahr» bietet jedoch solchen Missbrauch an.
2. Eine Demokratie kann die Aufhebung der demokratischen Grundrechte in Friedenszeiten nicht ertragen. Diese Möglichkeit ist jedoch im vorliegenden Entwurf vorgesehen und ist akut, wenn die bereits verabschiedeten «einfachen» Notstandsgesetze, legalisiert durch die «Notstandsverfassung», in Kraft treten werden.
3. Eine Demokratie kann die Ausschaltung des vom Volk frei gewählten Parlaments nicht ertragen. Diese Möglichkeit ist jedoch im vorliegenden Entwurf vorgesehen. Wir können den «Gemeinsamen Ausschuss» nicht als parlamentarische Kontrolle anerkennen, da ihm das wichtigste Merkmal parlamentarischer Demokratie, die Öffentlichkeit der Verhandlung, fehlt.